



Berlin Brief Nr. 324

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

21. Oktober 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

als Europäer und Mitglied im Europa-Ausschuss bin ich froh, dass Bundeskanzler Olaf Scholz den Fokus wieder auf Europa lenkt. Bei seiner gestrigen Regierungserklärung zum Gipfeltreffen des Europäischen Rates er deutlich gemacht, dass Europa die

Ukraine so lange wie nötig gegen Putins Angriffskrieg unterstützen wird. Bei diesem Kurs bleibt es, solange Russland seinen brutalen Angriffskrieg fortsetzt. Wir müssen als Europäische Union zusammenstehen; denn Putin irrt sich, wenn er denkt, er könne Europa spalten. Es ist leider richtig, dass unsere Solidarität mit der Ukraine unsere Wirtschaft und alle Bürger*innen unseres Landes belastet. Diese Belastungen tragen wir aber nicht nur für die Ukraine, sondern auch für unsere eigene Sicherheit. Als Bundesregierung federn wir die Belastungen so gut wie möglich ab. Mit den drei Entlastungspaketen und dem Abwehrschirm zeigen wir allen in unserem Land, dass wir niemanden alleine lassen.

Bundeskanzler Olaf Scholz setzt ein klares Zeichen für die europäische und internationale Zusammenarbeit und Solidarität. Nur so werden wir die Krisen lösen können. Diese Solidarität erwarte ich aber auch im Inland. Der große Vorteil unserer Demokratie ist die Fähigkeit, unterschiedlichen Meinungen Platz zu geben. Ich kann aber nicht akzeptieren, dass die größte Oppositionspartei jede sich ihr bietende Chance nutzt, um einen populistischen Punktsieg zu erringen. Wer jetzt aus parteitaktischen Motiven die Spaltung vorantreibt, spielt mit dem Feuer. Vielmehr müssen wir alle unserer Verantwortung gerecht werden und gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Woche war, wie wir für Entlastung für das Pflegepersonal in Krankenhäusern sorgen können. Denn die Situation auf den Stationen ist angespannt und die Pflegekräfte am Limit. Um eine gute Versorgung von Patient*innen und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu gewährleisten, werden Krankenhäuser verpflichtet, für mehr Pflegepersonal auf bettenführenden Stationen zu sorgen. Dazu werden schrittweise neue Vorgaben zur Personalbemessung und -besetzung eingeführt. Ziel ist es, eine bedarfsgerechte Personalbesetzung für die Stationen zu errechnen und umzusetzen. Dazu soll bis zum 31. Dezember 2025 ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zur Personalbemessung entwickelt werden. Als Übergangslösung werden kurzfristig Personalvorgaben unter Berücksichtigung der aktualisierten Pflegepersonal-Regelung (PPR 2.0) entwickelt. Die Erprobungsphase für die Übergangslösung startet im Januar 2023 mit einem Praxistest in ausgewählten Krankenhäusern in Normalstationen und in der Pädiatrie. Darauf aufbauend werden die Vorgaben für die Personalbemessung bis Ende 2023 bestimmt und ab 1. Januar 2024 eingeführt. Krankenhäuser, die bereits einen Entlastungstarifvertrag mit verbindlichen Regeln zur Mindestpersonalbesetzung anwenden, können von den Vorgaben ausgenommen werden. Werden die Vorgaben nicht eingehalten, können Kliniken sanktioniert werden.

Außerdem gibt es noch eine gute Nachricht für alle Rentner*innen. Für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass Rentner*innen nicht außen vor bleiben. Deshalb haben wir als SPD-Bundestagsfraktion auch für sie eine Energiepreispauschale durchgesetzt. Im Dezember wird daher allen Rentner*innen eine steuerpflichtige Energiepreispauschale von 300 Euro ausgezahlt. Die Pauschale wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet. So wird garantiert, dass auch diejenigen profitieren, die eine Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente bekommen. Gemeinsam mit

anderen Maßnahmen wie der Strom- und Gaspreisbremse, dem erweiterten Wohngeld, der Erhöhung des Mindestlohns sowie der Mini- und Midi-Jobgrenze sorgen wir so dafür, dass alle gut durch die Krise kommen. Aus sozialdemokratischer Tradition wissen wir, dass der Schlüssel dafür auch in zurückliegenden Krisen immer die Solidarität war.

Ihr/Euer



Termine

29
OKTOBER

INTERNATIONAL PARLIAMENTARIAN CONFERENCE CAVTAT
Cavtat, Kroatien

05 – 06
NOVEMBER

SPD-Debattenkonvent
Berlin

Bild der Woche



Im Austausch mit Jugendlichen vom Westbalkan – über das RYCO (Regional Youth Cooperation Office) wird jungen Menschen der Austausch ermöglicht, um Versöhnung und Zusammenarbeit zu fördern.



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

[Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? Hier abmelden.](#)